



# Interviews

**Datum: 19.01.2024**

## **Johannes Arlt, SPD, Verteidigungsapolitiker, im Gespräch mit Jasper Barenberg**

**Jasper Barenberg:** Seit mittlerweile 694 Tagen wehrt sich die Ukraine gegen Russlands militärische Invasion. Zuletzt hat Russland seine Angriffe wieder verstärkt, auch mit massiven Luftschlägen auf Kiew und auf andere Städte. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos hat Präsident Selenskyj einmal mehr eindringlich gewarnt. Verzögere sich die Hilfe aus dem Westen weiter, würde Russland am Ende in die Lage versetzt, die Ukraine zu erobern, und Moskau würde es dabei nicht belassen.

**O-Ton Wolodymyr Selenskyj:** „Wer glaubt, es gehe nur um uns, nur um die Ukraine, der irrt sich gewaltig. Die Möglichkeit und sogar der Zeitrahmen einer neuen russischen Aggression über die Ukraine hinaus werden immer deutlicher. Ich frage Sie ganz ehrlich: Welche europäische Nation kann heute eine kampfbereite Armee aufstellen wie die unsere, die Russland zurückschlagen kann.“

**Barenberg:** In den USA blockieren die Republikaner seit Wochen weitere militärische Unterstützung unter dem Einfluss von Donald Trump, der zudem im November ins Weiße Haus zurückkehren könnte. Auch in der Europäischen Union gibt es Widerstand gegen weitere Militärhilfe, etwa aus Ungarn. Im Bundestag lehnen es die Ampel-Parteien ab, der Ukraine Taurus-Marschflugkörper zur Verfügung zu stellen, obwohl einige in den Ampel-Parteien ja dafür sind.

Am Telefon ist der SPD-Verteidigungspolitiker und Luftwaffenoffizier Johannes Arlt. Einen schönen guten Morgen!

**Johannes Arlt:** Guten Morgen, Herr Barenberg!

**Barenberg:** Herr Arlt, um sich zu verteidigen, braucht die Ukraine die Marschflugkörper vom Typ Taurus. Warum sind Sie dagegen?

**Arlt:** Es ist ja so, dass ich jedes Waffensystem, jede Art von Munition, jede Plattform entsprechend nur einmal abgeben kann, und es ist so, dass wir hier einen Bestand an Taurus haben, die auch nicht alle einsatzfähig sind. Darüber haben wir in den letzten Monaten viel, viel diskutiert. Die können wir abgeben und ich denke, die würden der Ukraine sicherlich auch eine gewisse operative und auch taktische Entlastung bringen. Ich rede jetzt nicht von

Risiken der Systemintegration in Luftfahrzeugen; da hat die Ukraine ja bewiesen, dass sie sehr kreativ agiert und die Waffen sehr, sehr gut einsetzen kann, auch wenn wir das früher nicht geglaubt haben. Aber ich rede auch davon, wenn wir die einmal abgegeben haben, dass diese Taurus-Marschflugkörper weg sind, diese Marschflugkörper, und wir im Moment keine Möglichkeit haben, die nachzuproduzieren in einem absehbaren Zeitraum und die in unseren Beständen aufzufüllen oder weitere zu liefern. Deshalb denke ich, im Rahmen auch der Bündnisverpflichtung, die wir haben gegenüber der NATO, der NATO-Planungsziele, und der Sicherheitsvorsorge, die wir treffen müssen, sind wir im Moment besser beraten, diese Taurus-Marschflugkörper nicht zu liefern.

**Barenberg:** Sie haben gar nicht die Bedenken, die wir vom Bundeskanzler immer hören. Das sind eher strategische Bedenken, eher politische Bedenken. Sie sagen, wir haben einfach nicht genug davon.

**Arlt:** Ich fand es bemerkenswert in der Rede in Davos von Präsident Selenskyj, dass er auch noch mal gesagt hat, dass vielleicht auch die Eskalation den Krieg verlängert hat und dass die Angst vor der Eskalation den Krieg verlängert hat. Das ist ein Gedanke, den man wirklich mal zu Ende denken muss, und er hat ja recht, dass es bisher keine Eskalation gab. Ich habe mich bisher immer auch aus solchen Gründen gegen die Lieferung von Taurus ausgesprochen. Ich denke aber vor allen Dingen, dass wir wirklich das Problem haben, dass wir nicht mehr produzieren können, dass unsere Industrie noch nicht in der Lage ist, dort nennenswert nachzuproduzieren, und wir uns in einen Zustand versetzen, wo die Lager wirklich leer sind, und wir selber in einen Zustand geraten, der für unsere Verteidigungsfähigkeit nicht zuträglich ist. – Ja, wir haben zu wenig davon.

**Barenberg:** Das heißt, unterm Strich kann die Ukraine nicht das bekommen, was versprochen ist, nämlich das, was sie braucht, weil wir es ihr nicht liefern können, weil wir nicht selbst genug davon haben?

**Arlt:** Das ist ein wichtiger Punkt, den wir einbeziehen müssen. Der Bundeskanzler hat ganz zu Anfang des Ukraine-Krieges vier Leitlinien aufgestellt, unter anderem, dass wir uns immer multinational absprechen, und ich finde es auch sehr gut, dass der Bundeskanzler jetzt in der EU dafür wirbt, dass auch andere ihre Ukraine-Hilfe intensivieren. Da steht Deutschland ja ganz, ganz weit vorne, im Gegensatz zu anderen Ländern wie Frankreich, die sich mit nur sehr minimalen Beiträgen dort leider beteiligen und sicherlich noch mehr tun könnten. Aber es ist in der Tat so, dass wir vor allen Dingen die Industrieproduktion steigern müssen.

**Barenberg:** Wie schlecht sind wir da aufgestellt? Wir bekommen ja auch alle die Tage mit, dass aus diesem Versprechen der Europäischen Union, eine Million Artilleriegeschosse bis Anfang dieses Jahres zu liefern, auch nichts wird.

**Arlt:** Ja, das ist ein sehr, sehr langer Prozess, und Sie haben vielleicht in den letzten Monaten und Wochen auch die Diskussion in Deutschland mitbekommen, dass wir immer noch sogar kommunales Planungsrecht haben, was einer schnelleren Ausweitung der Produktion von zum Beispiel Munition entgegensteht. Wenn sich eine Gemeindevertretung, ein Stadtrat dagegen ausspricht, dass eine Waffenfabrik erweitert wird in der Waffenproduktion, dann gibt es da Probleme. Aber wir hatten ja auch die Probleme zum Beispiel mit den Düngemitteln, dass es dort Bedenken aus dem umweltpolitischen Bereich gab und gewisse Düngemittel, die für die Artillerieproduktion unbedingt notwendig sind, verboten werden sollten. Das sind alles Hürden, die wir aus dem Weg räumen müssen, und die Investments der EU in das Ankurbeln dieser Industrieproduktion waren auch eher minimale Mittel. Da muss noch mehr getan werden.

**Barenberg:** Es muss noch mehr getan werden heißt im Umkehrschluss, im Moment spielt die Zeit für Russland?

**Arlt:** Ja, es ist schon so, dass die Ukraine wesentlich weniger Artilleriemunition und Geschosse zur Verfügung hat als Russland und dass wir schauen müssen, wenn wir die Ukraine weiter unterstützen möchten, was wir tun, dass wir dieses industriepolitische Dilemma wirklich beheben und eine Industrie schaffen auf europäischer Ebene, die wirklich mehr Ausstoß produziert. Ja, die Zeit ist für die Ukraine kein positiver Faktor.

**Barenberg:** Den Deutschlandpakt hat der Bundeskanzler ausgerufen. Der gilt auch für die Produktion im militärischen Bereich?

**Arlt:** Das gilt auch für die Produktion im militärischen Bereich. Ich glaube, was jetzt ganz, ganz wichtig ist, dass wir einen Weg finden, trotz der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen, die uns auch das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts aufgegeben hat, für die Industrie zu etablieren, dass wir ganz, ganz langfristige Abnahmemengen garantieren, damit wirklich auch mit einer Planungssicherheit weitere Produktionslinien aufgebaut werden können und die Industrie die Sicherheit hat, dass sie Personal einstellen kann, dass sie investieren kann. Das wird auch der Ukraine helfen und nur so können wir diesen Zielkonflikt vermeiden, den ich ja skizziert habe auch bei Taurus, dass wir unsere eigene Verteidigungsfähigkeit schmälern, wenn wir der Ukraine weitere Waffen liefern oder Taurus zum Beispiel

liefern, sondern dass wir genug produzieren, um die Bedarfe der Ukraine und Deutschlands und seiner Verbündeten auch zu decken.

**Barenberg:** Werfen wir einen Blick in die Vereinigten Staaten. Schon jetzt blockieren die Republikaner im US-Kongress weitere Hilfspakete für die Ukraine unter dem Einfluss von Donald Trump. Ist Deutschland, sind Sie eingestellt auf eine zweite Amtszeit von Donald Trump mit all den absehbaren Folgen für die Ukraine?

**Arlt:** Wir haben ja gesehen, dass wir uns im Haushalt schon darauf eingerichtet haben. Wir haben die Ukraine-Hilfe sehr stark erhöht im neuen Bundeshaushalt, der gestern auch durch den Haushaltsausschuss erst mal beschlossen wurde als Voraussetzung, um dann auch durch den Bundestag beschlossen zu werden in der übernächsten Woche, und dass wir uns sogar die Möglichkeit offengelassen haben, wenn die Ukraine mehr Hilfe benötigen sollte, noch einmal über die Schuldenbremse zu reden, sofern dass erforderlich sein sollte, und über die Neukreditaufnahme von Krediten. Insofern ja, wir sind darauf eingestellt, aber ich glaube nicht, dass Deutschland tatsächlich das alleine abpuffern kann. Die USA ist ein ganz, ganz wichtiger und notwendiger Partner, um dafür zu sorgen, dass die Ukraine diesen Krieg nicht verliert, und deshalb sollten wir auch alle Bemühungen daransetzen, dass die USA mit an Bord bleiben, gleichzeitig aber dafür sorgen, dass aus allen europäischen Staaten mehr Unterstützung noch kommt.

**Barenberg:** Für Sie gilt auch, ohne die USA ist es eigentlich nicht möglich, die Ukraine weiter zu unterstützen, das kann Europa mit Deutschland an der Spitze alleine gar nicht stemmen?

**Arlt:** Ich möchte hier keinen Abgesang machen. Es ist sehr, sehr schwer und das heißt, wir müssen diese industriepolitische Frage in den Griff kriegen und jetzt wirklich sehen, dass wir die Produktion von Munition vor allen Dingen, aber auch von Landsystemen erhöhen, um die Bedarfe zu decken, die da sind.

**Barenberg:** Ich möchte noch über einen Punkt sprechen. Joschka Fischer, der frühere grüne Außenminister, hat in einem Interview jetzt gesagt, es ist richtig, dass wir den Pazifismus gepflegt haben in den vergangenen Jahrzehnten, aber all das geht jetzt nicht mehr. Wir müssen massiv aufrüsten, so Joschka Fischer. Putin ist unberechenbar. – Sind Sie einverstanden mit dieser Analyse?

**Arlt:** Die teile ich absolut zu 100 Prozent. Ich finde, Aufrüsten ist immer ein Wort, was in Deutschland in der Öffentlichkeit nicht so gut ankommt, aber die Sicherheit eines Staates, die äußere und die innere Sicherheit, das sind Grundaufgaben eines Staates. Die haben wir 30 Jahre lang vernachlässigt, weil wir dachten, wir können das, haben viele andere Aufgaben wahrgenommen, die auch wichtig sind. Jetzt braucht es eine Schwerpunktverlagerung und dieses Bewusstsein muss in der Bevölkerung, aber auch in der politischen Landschaft noch viel, viel stärker geschaffen werden und Raum greifen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*